

# NEUSTADT-KURIER



28. Ausgabe

## Meinungen Informationen Perspektiven



Juni 1992

### Korruption?

Hohe Wellen schlugen in den vergangenen Wochen Diskussionen im und außerhalb des Stadtrats um einen angeblichen „Verdacht der Korruption“ im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben in Hönbach. Ausgelöst war dies durch eine Erklärung der Oberbürgermeisterin in der Stadtratssitzung vom 3.2.92. Sie wurde damals mit folgendem Text protokolliert: „Die OB ist der Meinung, daß der Stil, der von den Interessenten betrieben werde, jenseits jeglicher Demokratie liege. Sie bitet, den Einflüsterungen, Manipulationen und Bestechungsversuchen nicht stattzugeben. Es wäre der Tod der Demokratie, wenn Geld und die indirekte Einflußnahme eine Entscheidung prägen“. Aufgrund dieser Erklärung und unter Bezugnahme darauf erklärten später die Stadträte Heike (CSU) und Knauer (SPD), daß solche Machenschaften nicht hingenommen werden dürften. Keiner der beiden hatte dabei irgendeinen persönlichen Verdacht geäußert und äußern wollen, da man der Meinung war, daß kein Stadtrat sich auf so etwas einlassen würde.

Als jedoch die Oberbürgermeisterin am 16.3.92 in einer Abstimmung über die Vergleichsverhandlung unterlag, weil die Mehrheit des Stadtrates eine solche Verhandlung wünschte, hielt diese nunmehr den Beschluß an und behauptete, daß „starke Anhaltspunkte“ für den Verdacht von persönlichen Beteiligungen von Stadträten bestünden.

Dies wiederum ließ die CSU nicht auf sich sitzen und reichte durch den Fraktionsvorsitzenden Leonhard Weitz bei der zuständigen Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige ein, um prüfen zu lassen, ob eine solcher Vorwurf tatsächlich gerechtfertigt sei. Das Ergebnis der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Coburg wurde dann durch den Bescheid vom 10.4.92 übermittelt:

„Das der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Coburg bekanntgewordene Gerücht, Stadträte der Stadt Neustadt hätten im Zusammenhang mit der Abstimmung des Stadtrates am 16.3.92 betreffend das Klageverfahren gegen das Einkaufszentrum Hönbach Vorteile angenommen bzw. seien ihnen angeboten, versprochen oder gewährt worden, haben sich zu einem Anfangsverdacht nicht verdichtet. Das Ermittlungsergebnis wird auch durch die rechtsaufsichtli-

che Ermittlungen des LRA Coburg bestätigt. Irgendwelche Anhaltspunkte für erfolgversprechende weitere Ermittlungen sind nicht gegeben. Das Verfahren war deshalb einzustellen.“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Der

Korruptionsvorwurf war somit haltlos, falsch und berechtigte nicht zum Anhalten des mehrheitlich gefaßten Beschlusses im Stadtrat, wie das auch die Rechtsaufsicht des LRA Coburg so bereits vorher deutlich gemacht hatte.

- 92 -

### Sozialer Wohnungsbau

Die Frage nach dem sozialen Wohnungsbau in Neustadt ist, wenn man den Ausführungen der SPD und deren Leserbriefen Glauben schenken kann, überhaupt kein Problem. Stadtrat Fritz Nachtigall (CSU), der selbst aktiv in der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft (GWG) tätig ist, konnte eigentlich nur noch mit dem Kopf schütteln, als er diese Stellungnahmen zur Kenntnis nehmen mußte. Tatsache ist, auch wenn dies von der SPD immer wieder bestritten wird, daß deren Verhalten kaum noch nachvollziehbar ist:

Während der Zeit des OB Grepel (SPD) gab es sogar eine gerichtliche Auseinandersetzung. Man wollte dies mit verschiedenen „Taschenspielertricks“ nachweisen und, obwohl die CSU von der Innenstadt gesprochen hatte, wurde auf Gelände in Fehheim, Bergdorf u. ä. verwiesen. Dies war jedoch schon damals nicht die Diskussion.

Wenige Monate nach dem Amtswechsel war es dieselbe Partei, in derselben Zusammensetzung der Fraktion, die plötzlich einen „Dringlichkeitsantrag zur Schaffung von Bauplätzen“ einbrachte. Späte Einsicht, oder mußte man jetzt eingestehen, daß man doch Unrecht hatte?

Nun, nachdem Fritz Nachtigall die Frage aufgegriffen hat, stimmt dies plötzlich wieder nicht mehr, insbesondere für den sozialen Wohnungsbau sollen Flächen vorhanden sein. Den Beweis allerdings blieben die „Hexenmeister der SPD“ schuldig. Wohnungspolitik kann man nämlich auch so machen, daß man alles zerredet, einfach etwas schreibt, ohne konkret auf die Fragen einzugehen. Die GWG und auch Fritz Nachtigall, hatten nämlich konkret gefragt,

- wann der Stadtrat über Bebauungspläne mit Mehrfamilienhäusern mit Mietwohnungen beschlossen hatte,
- welche Grundstücke im Augenblick für solche Wohnanlagen zur Verfügung stehen und
- seit wann ein rechtsgültiger Bebauungsplan für Mietwohnungen vorliegt, damit die GWG sich darauf einrichten könne.

Die Antwort hierauf: Fehlanzeige!

Es ist bekannt, daß eine Aufplanung, Erschließung u.s.w. Jahre dauert und teilweise auch noch von der SPD blockiert wird. Dabei kann an das Bauvorhaben „Gampertthügel“ und an die Baumaßnahme „Brändlein“ erinnert werden, wo die SPD, obwohl sie doch selbst einen Dringlichkeitsantrag gestellt hatte, die Bebauung ablehnt.

Es bleibt der betrübliche Schluß, daß derzeit kein Bauland für den sozialen Wohnungsbau zur sofortigen Bebauung vorliegt. Von einer weitsichtigen Wohnungspolitik der Vergangenheit durch die damals Verantwortlichen kann hier eben keine Rede sein. Es wäre nun an der Zeit, daß auch die SPD sich zu ihrer grundsätzlichen Verpflichtung gegenüber dem sozialen Wohnungsbau bekennt, nicht immer nur über die vorhandenen Wohnungsnot lamentiert und Dringlichkeitsanträge einbringt, die letztendlich nicht nur zur eigenen Gewissensberuhigung dienen. Die SPD ist aufgefordert mit den anderen dazu bereiten Stadträten und Fraktionen für mehrere Baumaßnahmen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus unter Mithilfe der GWG Grundlagen zu schaffen. Mit Leserbriefen, insbesondere aber auch mit widersprüchlichen Erklärungen wird keine einzige Wohnung für sozial Schwächere gebaut werden können!

- 6 -

## Pressefreiheit

Es ist schon eine komische Sache, wenn die Pressefreiheit sich darin erschöpft, daß die Journalisten entscheiden, wann sie welche Argumente noch veröffentlichen. Im Rahmen der Diskussion um die Hönbacher Gewerbeansiedlung wurden gravierende Unrichtigkeiten einfach hingenommen, ohne der CSU die Möglichkeit der Richtigstellung zu geben. Zum Glück kann der NEUSTADT-KURIER hier Abhilfe schaffen. Die beiden Stadträte Klaus-Dieter Bätz und J. W. Heike haben den Tageszeitungen einen Leserbrief übermittelt, der aus sehr fadenscheinigen Gründen bis heute nicht veröffentlicht wurde. Wir holen dies nunmehr nach! Die Stadträte schreiben unter der Überschrift: „Falsche Information“ dem Gewerbeverband folgenden Leserbrief, den wir zur Klarstellung des Sachverhalts abdrucken:

*„Die kommissarische Vorsitzende des Neustadter Gewerbeverbandes, Frau Luther, schreibt am 15.4.92 unter der Überschrift „Irrtum des Gewerbeverbandes“, daß „die CSU“ für den Großmarkt in Hönbach sei. Auch dies ist, so leid es uns tut, ein „Irrtum des Gewerbeverbandes“ oder deren Vorsitzenden.*

*Wir, die beiden Unterzeichner, haben zunächst mit einer Reihe von weiteren Stadträten von SPD und FWG dafür gestimmt, daß das Normenkontrollverfahren eingeleitet wurde und somit eine Überprüfung des auch uns gigantisch erscheinenden Bauvorhabens erfolgte.*

*Wir haben dies deshalb getan, weil wir die Ansicht vertreten, daß wir als gewählte Stadträte in Neustadt die Interessen der Stadt und der Bürger Neustadts zu vertreten haben.*

*Wir waren uns von Anfang an sicher, daß die Stadt Neustadt auf Hönbacher Gebiet kaum große Möglichkeiten der Einflußnahme hat. Allerdings, dies ist ja auch eingetreten, wollten wir dazu beitragen, daß wir nunmehr ein „Mitbestimmungsrecht“ über die zukünftige Entwicklung dieses Bauvorhabens erhalten. Dies ist durch die Vergleichsvorschläge der Gegenseite nunmehr eingetreten!*

*Wir haben große Bedenken, ob der jetzt laufende Prozeß im Interesse der Stadt beendet werden kann. Wenn dies nämlich der Fall wäre, müßte das Gericht entscheiden, daß das Bauvorhaben nicht durchgeführt werden kann. Dies würde allerdings bedeuten, daß die Zustimmung des Landkreises Sonneberg, der Gemeinde Hönbach und der Anlieger ausgehebelt werden müßte. Wir beide bezweifeln, daß der Prozeß so ausgehen kann! Die umgekehrte Folge ist aber, wenn dies nicht erfolgt, daß das Gericht dann die Klage der Stadt Neustadt mit allen Konsequenzen abweisen muß. Dies bedeutet erhebliche Kosten, keinerlei Mitspracherecht und die Schadenfreude der umliegenden Gemeinden (nicht zu Unrecht).*

*Wir haben geglaubt, daß es zum Wohle der Neustadter Bürger ist, wenn wir einerseits,*

*weil wir es überhaupt nicht voll verhindern können, eine Beschränkung der Angebotspalette dahingehend erreichen, daß unser einheimischer Handel nicht übermäßig tangiert wird, andererseits aber auch unsere Bürger (und Verbraucher!) die Chance haben günstig in einem breitgefächerten Angebot auszuwählen und einzukaufen.*

*Einem weiteren Irrtum erliegt die Vorsitzende des Gewerbeverbandes dann, wenn sie behauptet, daß der Stadtrat Neustadt beschlossen habe einen Vergleich „anzunehmen“. Zur Zeit wird verhandelt. Es dürfte kein Geheimnis sein, daß gerade wir darauf gedrungen haben, daß nur ein gerichtlicher Vergleich, der dann eine absolute Bindungswirkung hat, von uns akzeptiert wird. Dabei ist auch die Eintragung in das jeweilige Grundbuch vorgesehen, so daß also auf alle Zeiten eine entsprechende Festlegung der Mitsprache der Stadt Neustadt in diesem Bereich gewährleistet wäre.*

*Schade, daß ein „Irrtum“ vorliegt, denn dann wäre die ganze Aufregung wohl sicherlich vermeidbar gewesen. In diesem Zusammenhang dürfen wir persönlich wie auch für die Fraktion erklären, daß seit November 1991 ein Gesprächsangebot an den Gewerbeverband besteht, wir stehen weiterhin hierfür zur Verfügung!*

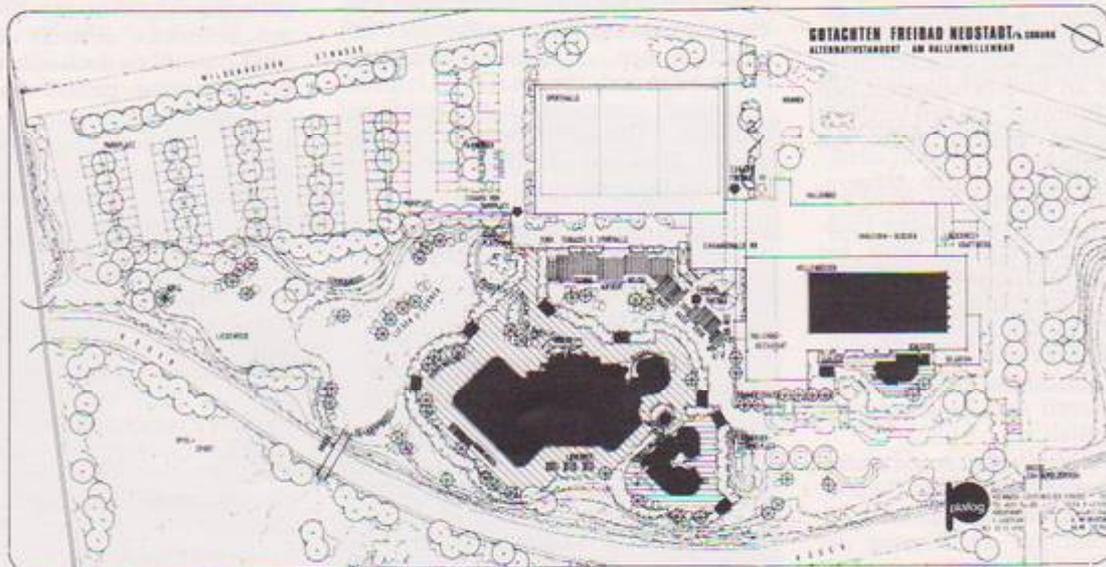
Klaus-Dieter Bätz  
Jürgen W. Heike  
CSU-Stadträte

## Flickschusterei

1,7 Millionen DM, davon offensichtlich 420.000 DM ohne ordnungsgemäße Beschlüsse durch den Stadtrat, hat die Stadt Neustadt in der „Regierungszeit Reps“ in das Freibad gepumpt. Eine Grundsatzentscheidung hatte die Stadt bevollmächtigt 1,1, höchstens jedoch 1,2 Millionen

hier zu investieren. Nachdem es sich um ein politisches Prestigeobjekt der SPD handelte, wurden alle Möglichkeiten, auch wenn sie vielleicht gar nicht unbedingt rechtens waren, ausgeschöpft, um dieses Prestigeobjekt zu halten.

Die Behauptungen von früher, daß Neu-



Die Vorstellungen der Firma PLAFOG Kulmbach, die ein Freizeitbad schaffen wollte, wie es Ernst Bergmann sich vorstellte. Ergänzt um Sprung- und Tauchbecken wäre hier eine interessante Entwicklung des Freizeitangebotes „Bäder“ in Neustadt

möglich. Eine Sonderbeziehung müßte in Anbetracht der veränderten Infrastruktur durch die Grenzöffnung möglich sein. Neben der Wasserwiese, dem Sprudelbecken, einem Spaßbecken, einer Insel im Schwimmbereich und einem zusätzlichen

Wasserspielplatz für Kinder, ist auch noch ein Abenteuerspielplatz, eine Grillecke und eine separate Spiel- und Sportwiese eingeplant. Ein Angebot, das es sicherlich zu prüfen gilt!

## Fortsetzung: Flickschusterei

stadt eines der schönsten Bäder in Oberfranken habe, mag ja sogar zutreffen. Dies kann allerdings nicht dazu führen, daß sich dieses Bad zu einem „Faß ohne Boden“ ausweitet. Nach den warnenden Worten der Leitung der Stadtwerke ist davon auszugehen, daß die grundsätzliche Renovierung des Bades, die vor vier Jahren schon einmal anstand und dort mit Flickschusterei nur sehr oberflächlich zeitlich verschoben wurde, wieder ansteht. Abgesehen von den Riesenbelastungen, die die getrennte Führung von Hallen- und Freibad nach sich zieht, ist auch der heutige Aufbau des Bades nicht mehr zeitgemäß. Als Sportbad ist es nicht geeignet, weil die Bahnen nicht ausreichend sind; als Freizeitbad ist es nur bedingt einsetzbar und muß eben wegen der vorhandenen schlechten Grundsubstanz massiv, also von Grund auf, erneuert werden. Vielleicht sollte man doch den Plan von Ernst Bergmann wieder aus der Schublade holen, der ein Freizeitbad am Hallenbad vorsah.

Allerdings sind dort wichtige Forderungen dahingehend noch einzubauen, daß eine Sprungmöglichkeit (eigenes Sprungbecken) sowie eine entsprechende Tauchtiefe an einer bestimmten Stelle (vielleicht in Kombination mit dem Sprungbecken) geschaffen wird, damit auch die Wasserwacht ihre wichtige Tätigkeit aufrechterhalten kann. Der jährliche Verlust von 1,28 Millionen DM den der Stadthaushalt ersetzen muß, wäre mit Sicherheit weitestgehend abzubauen. Die Schaffung eines neuen zeitgemäßen Freizeitbades in Form einer Kombination von Halle und Freibad, würde eine weitere Attraktivitätssteigerung der Stadt darstellen. Aus dem beigelegten Plan der Firma PLAFOG, Kulmbach, ergibt sich die Chance, die die Stadt prüfen sollte: Der Bau eines Freibades nach neuesten Erkenntnissen mit der Nutzung des Freizeit- und Erholungsangebotes, großzügiger Liegewiesen, Grillanlagen, Wasserspielplatz und davon getrennter Ruhe- und Liegewiesen ist eine Alternative, die überdacht werden muß.

Nun wird also der Stadtrat aufgerufen sein zu prüfen, wie in Zukunft einerseits Kosten gespart, andererseits ein attraktives weiteres Freizeitangebot in Neustadt geschaffen werden kann. Hoffentlich wird diese Idee nicht wie damals, nach Ernst Bergmanns Tod, auf dem Altar der Ideologie der SPD geopfert! - J.W.H. -

## Asozial

Wenn jemand soziale Leistungen begehrt, die ihm nicht zustehen, so nennt man dies asozial. Wenn dafür dann aber noch Mitglieder einer Partei, noch dazu in führenden Stellungen, zu einem solchen Verhalten aufrufen bzw. nicht bereit sind dagegen einzuschreiten, müssen sie sich als Helfershelfer solch asozialer Verhaltensweisen bezichtigen lassen.

Die Rede ist hier von der großen Debatte über „Asyl in Deutschland“. Kein Land in Europa gibt ein so weitreichendes Recht auf Schutz vor politischen Verfolgungen. Das Asylrecht hat seine grundsätzliche Festschreibung in Artikel 16 des Grundgesetzes erhalten. Dort steht lediglich der Satz „politisch Verfolgte genießen Asyl“. Die damaligen „Väter des Grundgesetzes“ wußten zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht, was sie damit für eine Zeitbombe zündeten!

Während es 1982 noch rund 14000 Asylbewerber jährlich waren, waren im Jahre 1991 bereits 220000 Asylbewerber in Deutschland innerhalb eines Jahres neu hinzugekommen. In den ersten Monaten des Jahres 1992 waren dann monatlich über 30000 Asylbewerber plötzlich da. Ein Zustrom von über 400000 Asylbewerbern im Jahr ist zu befürchten.

Wenn man andererseits aber weiß, daß nach Durchführung sämtlicher Rechtsmittel nur noch etwa fünf bis sieben Prozent dieser „Bewerber“ tatsächlich politisches Asyl erhalten, zeigt dies, daß eben über 90% dieser Antragsteller bewußt oder unbewußt, selbständig oder durch Schlepper, aber auf jeden Fall rechtswidrig von einem Institut Gebrauch machen, das für politisch Verfolgte, nicht aber für Wirtschaftsflüchtlinge gedacht war.

Asyl bedeutet den Schutz vor politischer Verfolgung, nicht aber den Zugang zu den „Fleischtopfen eines Landes“. Sicher, die Bundesrepublik ist ein Land, in dem es dem Bürger weitaus besser geht als in vielen anderen Ländern dieser Erde. Dies kann aber nicht dazu führen, daß sämtliche Länder ihre Bürger in die Bundesrepublik abschieben. Allein im Freistaat Bayern kostet die Asylbetreuung täglich eine Million DM. Im ganzen Bundesgebiet werden weit über drei Milliarden DM jährlich aufgewandt, um dem Asylrecht – und dessen Mißbrauch – im Sinne des Grundgesetzes Rechnung zu tragen. Nicht nur die Kosten, auch die anderen sozialen Sprengsätze dürfen nicht vergessen werden: Einmal sind Wohnungen sowieso knapp in der Bundesrepublik, hier müssen eben zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten für Asylbewerber geschaffen werden, die letztendlich wieder zu einer Verschärfung der Wohnungsnot in der Bundesrepublik führen. Wenn dann noch das Verwaltungsgericht Schleswig-Holstein festhält, daß in einem Einfamilienhaus mit 100 Quadratmetern Wohnfläche nur fünf erwachsene Asylbewerber un-

tergebracht werden können, während bei Sozialwohnungen für eine vierköpfige deutsche Familie eine Größe von 64 Quadratmetern ausreicht, ist dies doch wohl nicht mehr hinzunehmende Wucherung und Ausuferung eines Rechts, das schamlos mißbraucht wird.

Die CSU hat Vorschläge gemacht, die allerdings von SPD und FDP bisher nicht unterstützt werden. Die Vorschläge lauten:

- 1) Kein Asyl für Bürger eines Landes, in dem es keine politischen Verfolgungen gibt, somit für diese Menschen auch keine Prüfungsberechtigung.
- 2) Kein Asyl für Menschen, die aus einem Land in die Bundesrepublik einreisen, in dem es keine politischen Verfolgungen gibt. Also Schluß mit den Asylreisenden, die die besten und lukrativsten Asylmaßnahmen auskosten wollen.
- 3) Schluß mit dem jetzigen Prüfungsverfahren, da dieses zu lang ist. Durch eine einmalige richterliche Entscheidung, ohne weitere Vorverfahren aber auch ohne Rechtsmittelmöglichkeiten muß innerhalb einer kürzeren Frist, höchstens sechs Monaten, endgültig die Entscheidung fallen, ob Asyl gerechtfertigt ist oder nicht.

All diese Vorschläge sind sicherlich nur ein Teil, aber offensichtlich doch dringend notwendig, um zu einer Eindämmung der den Staat, aber auch den Bürger langsam ruinierenden Ausnützung und asozialen Verhaltensweise von einer Vielzahl von Bewerbern und deren Hintermännern führen kann. Auch die „reiche Bundesrepublik“ hat zunächst einmal für ihre eigenen Probleme und Sorgen genügend Aufwendungen zu erbringen, so daß sie nicht zum Zahlmeister der Welt gemacht werden darf.

Am Ende sei eine Frage an alle Politiker gestattet, die der Bürger an diese weitergeben möge:

*Wie, liebe Abgeordnete, in Bund und Ländern, haltet ihr es mit der Asylrechtsregelung?*

*Wollt Ihr reden oder tatsächlich etwas in die Wege leiten?*

*Wer kann noch verantworten, daß unter dem Deckmantel des dringend notwendig und berechtigten Asyls für wirklich politisch verfolgte Menschen weit über 90% der Bewerber wissentlich nur unter dem Gesichtspunkt des Wohlstandes dieses Recht für sich in Anspruch nehmen wollen?*

*Wer will solch asoziales Verhalten unterstützen?*

Fragen Sie Ihre Abgeordneten und ergänzen Sie sich an den Eiertänzen gewisser Oppositionspolitiker!

- 9 -

# CSU

Auflage: 7500 Stück

Verleger:

CSU-Stadtratsfraktion, vert. d. d. Vorsitzenden L. Weitz

Herausgeber: J. W. Heike

Verantwortliche Redakteure:

A. Bätz, K.-D. Bätz, B. Häfner, J. W. Heike, G. Knoch, F. Nachtigall, J. Petrautzki, E. Protzmann, J. Sauer, U. Scheler, L. Weitz.

# CSU

## SPD von Sinnen

„Freiheit für die Purzelbäume“ die die SPD-Fraktion schlägt und schlagen will – und das auf dem Marktplatz! Anders ist der Antrag nicht zu verstehen, die Verwaltung möge Vorschläge für innenstadtgerechte Spielmöglichkeiten auf dem Marktplatz machen.

Um aber nicht von vornherein abzulehnen und um die Verwaltung zu unterstützen, sollen hier einige Anregungen gegeben werden:

Wenn man die Qualität dieses Antrags prüft, könnte man sich ein „Blinde-Kuh-Spiel“ mit roter Augenbinde vorstellen, um vielleicht einmal etwas Vernünftiges zu erhaschen. Auch Topf schlagen ist gut, denn es klingt volltönend, auch wenn der Topf völlig hohl ist.

Vielleicht wäre es auch angebracht Tore aufzustellen, denn dann bräuchte die SPD die kommunalpolitischen Eigentore nicht mehr in der Abgeschiedenheit des Stadtrates zu schießen!

Darüber hinaus eignet sich auch der Marktbereich für „Eiertänze um den Bratwursttempel der SPD“, da dies doch ein gelungenes Bauwerk sein soll und nicht ein häßlich-störender Klotz.

Aber auch der Stadtverwaltung und der Oberbürgermeisterin eröffnen sich neue Perspektiven. So wäre die Aufstellung eines „Personal-Karussells“ eine gute Möglichkeit auch die Bevölkerung an der Entscheidung teilhaben zu lassen: „Wer geht als nächster?“

Vielleicht tut es aber auch ein ganz einfacher Sandkasten, um der Öffentlichkeit weiterhin Sand in die Augen zu streuen oder um auf dem kommunalpolitischen Parkett nicht auszurutschen.

Oder hat die SPD vielleicht an ein öffentliches „Dame-Spiel“ gedacht, um diese aus dem Feld schlagen zu können?

Nun, man soll nicht sagen, daß wir uns nicht mit diesem Vorschlag beschäftigt hätten. Eine relativ einfache und beliebte Unterhaltung würden wir von RTL abkupfern, um Stadträte und Fraktionen, die solche Vorschläge einbringen, entsprechend zu belohnen:

Hella von Sinnen – Nein besser: SPD von Sinnen!

- 3 -

## Feine Demokraten

In der Schule hat man einmal gelernt, daß die Demokratie daraus besteht, daß die Mehrheit entscheidet. In der Bundesrepublik scheint es aber Institutionen zu geben, die sich selbst immer sehr gerne als Hüter der Demokratie aufspielen, selbst aber von Demokratie nicht unbedingt viel halten:

Wie ist es eigentlich verständlich, daß die ötv eine „Urabstimmung“ durchführt, dort alle Mitglieder abstimmen läßt und dann, wenn nicht die gewünschte Mehrheit herauskommt, einfach erklärt, daß man „nach Satzung“ berechtigt ist, das Votum der Mitglieder zu ignorieren?

Langsam muß sich die Gewerkschaftsbewegung fragen lassen, ob sie insich noch glaubwürdig ist. Eine Gewerkschaft, wie die ötv, die immer wieder dadurch auffällt, daß sie bei jeder passenden (und unpassenden) Gelegenheit die Demokratie in Gefahr sieht, sollte mit ihren eigenen Instrumentarien dann auch sorgfältig und besonders demokratisch umgehen. Es ist aber auch ein Zeichen der persönlichen Führung dieser Gewerkschaft durch die Vorsitzende Wulff-Mathies, wenn man zunächst seine Mitglieder „scharf-

## Zu guter Letzt

In der Jahreshauptversammlung der CSU Neustadt berichtete der Ortskassierer Stefan Langbein, daß der OB-Wahlkampf 12 000,- DM gekostet habe, während beim Schlachtfest 284,- DM eingenommen worden seien.

Kommentar von Stadtrat Klaus-Dieter Bätz daraufhin: „Dann machen wir zukünftig eben lieber öfters ein Schlachtfest!“

macht“, ihnen vorgaukelt, daß 5,4% Lohnsteigerung „zu wenig“ seien und „jetzt um 9,5%“ gekämpft werden müßte! Wie soll eigentlich das einfache Mitglied, das in den Streik geschickt wird, sich unpopulär verhalten muß und sicherlich auch die eine oder andere unfreundliche Erklärung erhält, noch in einer Welt zu rechtfinden, in der nach 14-tägigem harten Streik plötzlich ein mindestens ähnliches Ergebnis vereinbart wird und dann zur Abstimmung empfohlen wird. Die Scharfmacherei der Gewerkschaftsspitze vor dem Streik, insbesondere aber auch während der ersten Tage des Streikes, zeigt deutlich, daß hier Maß und Ziel verlorengegangen sind. Eine Gewerkschaft, die sich als wesentlicher Teil des Staates sehen will (und teilweise auch kann), handelt so sicherlich nicht verantwortungsbewußt. Wenn es nur ein Personalproblem wäre (in Form der Vorsitzenden), wäre es ja leicht zu verändern: Der Rücktritt einer solchen Vorsitzenden wäre ja wohl das mindeste nach einem solchen blamablen Verfahren. Aber nein, was man vollmundig immer wieder von Kanzler, Ministern u.ä.m. fordert – für die eigene Gewerkschaftsspitze muß dies ja nicht gelten. Auch ein Akt der Glaubwürdigkeit!

In einem funktionierenden Staat gibt es Tarifautonomie, diese ist allerdings davon geprägt, daß das Mitglied nicht durch irgendwelche „Oberen“ bevormundet wird, sondern wirkliche und ehrliche Mitbestimmung und Mitentscheidung besteht. Die Gewerkschaft muß, wenn sie ihre Existenzberechtigung behalten will, hier wohl bald umdenken!

- 99 -



Die JU Neustadt hat ihren neuen Vorstand gewählt: v.l.n.r.: H.-A. Heß, M. Korn, B. Simolka, St. Langbein, T. Bunzel, M. Faber, H. Hofmann, A. Müller (Sonneberg) und Ortsvorsitzender Wolfgang Müller.